

„Die Gründe kennt nur der Betreiber“

Bezirk Oberbayern weist Verantwortung an der Insolvenz des Hollerhauses von sich

Von Johannes Hauser

Ingolstadt – Im Fall des insolventen Hollerhaus-Vereins meldet sich jetzt auch der Bezirk Oberbayern zu Wort. Wie mehrfach berichtet, nennt der Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen ausgebliebene Corona-Zahlungen des Bezirks als einen Grund für seine Pleite. Des Weiteren hätten zu geringe Belegungszahlen in der Pandemie und offenbar auch das „schnelle Wachstum der letzten Jahre“ zu Zahlungsschwierigkeiten und schließlich zur Insolvenz geführt. Kenner der Materie glauben, der Verein habe sich – vor allem mit dem 20-Millionen-Projekt Hollerhof in Münchsmünster – wirtschaftlich übernommen. Das sieht offenbar auch der Bezirk so, wie aus einer Stellungnahme hervorgeht, die der DONAUKURIER am Mittwoch auf Anfrage erhalten hat.

„Deutlich zu groß geplant“

Grundsätzlich übernimmt das Hollerhaus – wie etliche andere Einrichtungen – für den Bezirk Aufgaben der sogenannten Eingliederungshilfe. Menschen mit Behinderungen werden gefördert, Wohnstätten zur Verfügung gestellt, Alltagshilfen geleistet. Dafür erhalten die Sozialeinrichtungen Geld vom Bezirk Oberbayern. Er hat auch den Bau des Hollerhofes in Münchsmünster unterstützt. Dort hat der Hollerhaus-Verein zuletzt eine große Einrichtung mit verschiedenen Angeboten errichtet, darunter ein Tierhaus, ein Gartenhaus, eine Großküche und ein Begegnungshaus mit Gastronomie. Das Angebot und auch die Anzahl der Betreuungsplätze übersteige „die üblichen oberbayerischen Standards signifikant“, heißt es in der Mitteilung des Bezirks. Nicht alles, was dort an Arbeit für unterstützungsbedürftige Menschen geleistet wird, sei auch förderfähig. So könne die Einrichtung etwa nicht auf Gelder des Bezirks für Tiertherapie oder das Begegnungshaus rechnen. Darauf habe man den Verein seit Planungsbeginn des Projekts 2014 immer wieder hingewiesen. Der Hollerhof sei „deutlich zu groß geplant, weshalb eine Refinanzierung durch den Bezirk Oberbayern über Mittel der Eingliederungshilfe in dem beantragten Umfang nicht erfolgen kann“. Dazu komme die ungünstige Lage am Rande des Bezirks Oberbayern. „Diese grundsätzlichen Bedenken haben wir dem Träger



Die Insolvenz des Hollerhauses habe nichts mit ausstehenden Corona-Zahlungen zu tun, betont der Bezirk Oberbayern. Foto: Hammer

mehrfach mitgeteilt“, schreibt der Bezirk. Das Hollerhaus habe die Planungen „trotzdem ohne vollständige Refinanzierung im Rahmen seines unternehmerischen Risikos umgesetzt“. Im Hollerhaus hoffte man offenbar auf Spenden.

Dann kam Corona. Große Spendenveranstaltungen blieben aus. Das Angebot musste zurückgefahren werden, der Bau verzögerte und verteuerte sich. Am Schluss stand die Insolvenz. Ende Dezember wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diesen Schritt informiert.

Was ausstehende Corona-Zahlungen betrifft, macht der Bezirk grundsätzlich klar, das Hollerhaus sei in der Pandemie

entsprechend der bayernweit geltenden Regelungen weiter finanziert worden „unabhängig davon, ob bzw. in welcher Form ein Betrieb stattfand“. „Darüber hinaus haben sich die Bezirke darauf verständigt, Mehrkosten, die durch Corona bedingt sind, zu finanzieren.“ Für diese Mehrkosten kommt teilweise der Freistaat auf. Eine Voraussetzung für diese Refinanzierung sei „die Einreichung der landesweit mit den Verbänden entwickelten Abrechnungsvordrucke“. Diese Anträge müssen korrekt und fristgerecht gestellt werden. „Leider erfüllten die von Hollerhaus eingegangenen Anträge diese Anforderungen nicht“, schreibt der Bezirk. Die korrigierten Abrechnungsvor-

drucke für das Jahr 2020 seien vom Hollerhaus im September 2021 per Mail erneut eingereicht worden. Diesmal ist alles richtig. „Eine Zahlung wurde bereits veranlasst“, heißt es.

„Corona-Zahlungen sicher nicht ausschlaggebend“

Alle sonstigen vertraglich vereinbarten und seitens des Bezirks Oberbayern geschuldeten Vergütungssätze seien „laufend geflossen und fließen auch weiterhin. Diese beinhalten insbesondere auch die Beträge zur Deckung der Personalkosten.“

Außerdem sei der Bezirk Oberbayern dem in Schieflage geratenen Hollerhaus bereits im Sommer 2021 „zur Liquiditätssi-

cherung – unabhängig von Corona bedingten Kosten – sehr entgegen gekommen“. So wurden Vorschusszahlungen auf Entgelte geleistet.

„Die genauen Gründe für die Insolvenz können wir nicht exakt benennen. Diese kennt in letzter Konsequenz nur der Betreiber selbst. Der Bezirk Oberbayern hat die Insolvenz jedoch nicht zu verantworten. Auch die noch ausstehenden Corona-Abchlusszahlungen sind dafür sicherlich nicht ausschlaggebend. Sie decken nicht ansatzweise die uns vom Träger genannten Außenstände“, heißt es in der Mitteilung des Bezirks an den DONAUKURIER. Im Hollerhaus will man sich derzeit nicht zu der Angelegenheit äußern. DK



Ich freue mich auf ein Treffen mit Freunden. Wir wollen etwas kochen und Zeit zusammen verbringen, während die Kinder spielen.

Claudia Wolf (52), Angestellte aus Vohburg

Radfahrer bei Unfall verletzt

Ingolstadt – Ein 27-jähriger Radfahrer hat sich am Dienstagabend bei einem Unfall leichte Verletzungen zugezogen. Wie die Verkehrspolizei meldet, war der Mann gegen 19.50 Uhr auf dem Fahrradweg der Vorrangroute auf der Gustav-Adolf-Straße stadteinwärts unterwegs. Eine von rechts aus der Lindberghstraße kommende Autofahrerin aus dem Kreis Eichstätt übersah den Radler offenbar und nahm ihm die Vorfahrt. „Der Pkw der Unfallverursacherin erfasste den Radfahrer frontal, sodass dieser durch den Anstoß auf die Fahrbahn stürzte“, schreibt die Polizei. Der Rettungsdienst brachte ihn zur Behandlung ins Krankenhaus. Der entstandene Schaden wird auf 1300 Euro geschätzt. DK

Es soll ohne Stellenabbau gehen

Ingolstadt – Besonders belastend ist die Situation im insolventen Hollerhaus und seinen Tochtergesellschaften derzeit wohl vor allem für die gut 400 Mitarbeiter. Die Nachricht von der Zahlungsunfähigkeit der ProBegleitung gGmbH hat zur Verunsicherung mitunter beigetragen. Diese zweite Insolvenz sei eine „(zwangsläufige) Folge der im (Unternehmens-) Verbund üblichen Finanzierungsstrukturen“, schreibt Insolvenzverwalter Hubert Ampfeler auf Anfrage des DONAUKURIER. „Dieser Schritt eröffnet wiederum auch für diese Tochtergesellschaft die Möglichkeit der Restrukturierung über das gerichtliche Verfah-

ren. Zielsetzung des weiteren Prozesses ist es schließlich, die gesamte Einrichtung mit allen Tochtergesellschaften finanziell und operativ solide aufzustellen.“

Dass sich viele in Ingolstadt Gedanken um die Zukunft des Hollerhauses machen, sei nachvollziehbar, so Ampfeler. „Um dem gegenüber der Belegschaft gerecht zu werden, habe ich bislang an den verschiedenen Standorten bereits fünf Mitarbeiterversammlungen abgehalten.“ Vor allem machen sich viele Mitarbeiter Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Auch, weil im vergangenen Jahr etwa im Bereich der Wäscherei bereits betriebsbeding-

te Kündigungen ausgesprochen worden sind. Wie berichtet, übernimmt diese Aufgaben künftig eine Fremdfirma. „Die Entscheidungen hinsichtlich der Wäscherei wurden bereits im Jahresverlauf 2021 auf betriebswirtschaftlicher Grundlage getroffen und umgesetzt“, teilt Ampfeler dazu mit. „Für den weiteren Insolvenzgeldzeitraum schließe ich den Anspruch von Kündigungen von Arbeitsverhältnissen aus. Darüber hinaus gibt es aktuell auch keine Pläne, weitere Arbeitsplätze abzubauen.“

Der Insolvenzverwalter berichtet von etlichen Begegnungen, die er zuletzt mit Kolleginnen und Kollegen aus dem

Hollerhaus gehabt habe. Seit Fazit: „Es zeichnet gerade die Belegschaft des Hollerhauses aus, dass sie sich zuvörderst um das Wohl und um die Gesundheit körper- und mehrfachbehinderter Menschen kümmert.“ Darin liege einer der größten „Werte“ der Einrichtung. „Daher ist gerade der Erhalt und das Zusammenstehen des Hollerhaus-Teams der wichtigste Baustein für den Sanierungsprozess.“ Nachdem es bereits gelungen sei, die finanzielle Basis der Einrichtungen für die nächsten Monate abzusichern, gibt sich Ampfeler optimistisch: Die Belegschaft könne „mit Zuversicht nach vorne blicken“. jhh

Selbstversorgung im „Feldversuch“

Auf einem Acker in Etting können interessierte Bürger ab diesem Jahr ihr eigenes Gemüse anbauen

Ingolstadt – Es soll zusammenkommen, was zusammengehört: Eine kostengünstige und regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln frisch vom Feld für jeden interessierten Menschen sowie für die örtliche Landwirtschaft. So stellen es sich zumindest die Initiatoren eines neuartigen Projekts vor, das sich „Gemüsefelder beim Landwirt Deines Vertrauens“ nennt.

Der Clou: Ingolstädterinnen und Ingolstädter, die ihr Gemüse selbst anbauen möchten, aber kein geeignetes Land besitzen, können das ab diesem Jahr auf dem Feld des Landwirts Thomas Seemeier in Etting tun. Er stellt rund 8000 Quadratmeter bereits organisch vorgefertigter Fläche für den Anbau von Radieschen, Feldsalat, Karotten, Wirsing und allerlei anderer vitaminreicher Rohkost zur Verfügung. Bedingung: Die Teilnehmenden müssen sich etwa an der Pflege des Feldes beteiligen und Unkraut jäten. Die Erstbepflanzung übernimmt der Landwirt. Vorkenntnisse im Gemüseanbau seien nicht erforderlich. Der gewünschte Effekt:

Eine Selbstversorgung mit ökologisch angebauten Grundnahrungsmitteln und die aktive Teilnahme am Klimaschutz durch nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Daneben soll eine Gemeinschaft heranwachsen, die Verantwortungsbewusstsein für das Individuum sowie für Natur und Umwelt entwickelt. Zugleich könne miterlebt werden, wie Lebensmittel heranwachsen, was zu einer größeren Wertschätzung der Lebensmittel beitrage.

Vorgestellt wurde das Projekt jetzt auf einem Pressetermin vor Ort. Bei dem Acker in Etting handelt es sich demnach um die dritte Fläche in Bayern, auf der

das Vorhaben quasi buchstäblich in den „Feldversuch“ geht. Langzeiterfahrungen gebe es deshalb noch nicht, hieß es. Seemeier schließt sich als Landwirt der Initiative der Consulta AG aus Viechtach an. Das Unternehmen ist auf nachhaltige Kreislaufwirtschaft spezialisiert und möchte über sein organisches BioElite-System Familien eine nachhaltige, dezentrale, regionale sowie autarke Versorgung mit saisonalen Lebensmitteln ermöglichen, erklärte Anton Zollner, der das Unternehmen bei dem Termin vertrat.

Gerade in Corona-Zeiten sei das Thema Selbstversorgung wieder verstärkt in den Mittelpunkt gerückt. Zollner erinnerte an Lieferengpässe und die Bilder von teils leeren Regalen in Supermärkten. „Immer mehr Bürgermeister machen sich Gedanken darüber, wie man eine Region aus der Region heraus versorgen kann“, so seine Erfahrung. Thomas Seemeier erhofft sich von der Aktion ein besseres Image für die Landwirtschaft. „Ich freue mich auf den Kontakt mit den Menschen und darauf,

Landwirte und Bürger zusammenzubringen“, sagte er. Der Gemüseanbau sei zudem ein neues Arbeitsumfeld für ihn. Bisher baute Seemeier hauptsächlich Getreide an.

Wie kommen Interessierte nun aber in den Genuss des Selbstanbaus? Zunächst einmal müssen sie sich bis möglichst Ende Januar (das sei wichtig wegen der rechtzeitigen Beschaffung der Pflanzen) bei Thomas Seemeier unter der E-Mail-Adresse gemuesefeld@bio-elite.de mit Namen und Kontaktdaten bewerben. Zudem soll kurz erklärt werden, warum man mitmachen will. Ganz umsonst ist das Erlebnis jedoch nicht: Zu entrichten ist pro erwachsenem Teilnehmer ein Gemeinschaftsbeitrag je Saison, der sich auf 280 Euro beläuft, so die Initiatoren. Über den Betrag sichern sich die Mitmachenden auch ihren Ernteanteil. Dabei wird pro ganzer Anteil im ersten Jahr mit einer Fläche von 40 Quadratmetern kalkuliert. Alle weiteren wichtigen Informationen zum Konzept gibt es im Internet unter www.bio-elite.de. mbl



Nachhaltiger Selbstanbau: Noch ist das Feld von Bauer Thomas Seemeier (rechts) – im Gespräch mit Anton Zollner – schneebedeckt. Spätestens ab dem Frühjahr soll hier Gemüse gedeihen. Foto: Brandl